



Rede

1. Mai 2010

Jörg Hofmann

IG Metall-Bezirksleiter Baden-Württemberg

Mannheim

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Noch nie hat eine Krise die Menschen weltweit und gleichzeitig so getroffen, wie das Platzen der Spekulationsblasen an den Finanzmärkten. Millionen verloren aller Welt ihre Arbeit, fielen in Armut und Perspektivlosigkeit.

Aber schon wieder ist das Kasino eröffnet, jagen die Aktienkurse nach oben, toben an den Warenterminbörsen Spekulationen.

Ich meine: die Zeit ist reif.

Reif für einen grundlegenden Kurswechsel in Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Finanzmarktkapitalismus ist keine Perspektive. Er hat die Welt an die Rand eines Abgrunds geführt.

Ich warne eindringlich vor den Gesundbetern und scheinheiligen Aposteln des Neoliberalismus, die uns ein „Weiter so,“ predigen.

Es darf kein „Weiter so“ geben, Kolleginnen und Kollegen, nicht mit uns !

Wir sind noch längst nicht raus aus der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit der Großen Depression. Und dies gilt gerade auch für dieses Bundesland Baden-Württemberg.

Noch immer sind tausende Betriebe massiv von dieser Krise betroffen, noch immer bangen hunderttausende um die Zukunft ihres Arbeitsplatzes.

Sicher vieles haben wir erreicht. Bis dato sind die Einbrüche auf dem Arbeitsmarkt deutlich geringer als zu befürchten. Das ist ein Verdienst aller, die ihre Anstrengungen auf eine Zielstellung ausgerichtet haben: Keine Entlassungen in der Krise.

Aber: Die Ursachen der Krisen sind längst nicht beseitigt.

Ich halte fest:

Bis heute haben die Regierungen – entgegen vollmundiger Absichtserklärungen - keine Gesetze gegen Finanzmarktspekulationen erlassen.

Noch immer schlummern faule Papiere in Milliardenhöhe bei den Finanzinstituten - auch in den Landesbanken, wenn sie nicht vorher an ahnungslose Kleinanleger oder Finanzminister verscherbelt wurden.

Bis heute sind die Krisenursachen nicht ernsthaft untersucht und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden.

Nein im Gegenteil, in diesem Lande scheitert schon der Aufkauf einer CD mit Daten von Steuerhinterziehern, am Veto der FDP.

Bis heute gibt es keine Maßnahmen, die dafür sorgen, dass die Verursacher der Krise die Kosten zahlen.

Beispiel Griechenland: So richtig es ist, dass jetzt Griechenland unterstützt wird, so falsch ist es, dass die, die glänzend an der Spekulation gegen griechische Staatsanleihen verdienen, bei dieser Hilfe draußen vor bleiben sollen.

Wir verlangen: Beteiligt Banken und Investmentfonds bei Risikoübernahme und Finanzierung.

Es muss endlich Schluss sein, dass die Folgen der Krise sozialisiert werden, während die Krisenverursacher und Krisengewinner weiter ungeschoren ihre Bilanzen vergolden.

Die Beschäftigten, die Arbeitslosen, die Rentner – sie sollen die Milliardenlasten der Krise tragen.

Und die Großen lässt man laufen.

In einem Interview (*Deutschlandradio*) sagte der FDP-Finanzpolitiker Hans-Otto Solms, eine Beteiligung der Banken an den Kosten der Finanzkrise habe die Bundesregierung – so Solms wörtlich – „zu den Akten gelegt“.

Kolleginnen und Kollegen,

die glauben wohl, die Menschen hätten ein kurzes Gedächtnis.

Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise versicherte die Regierung noch, selbstverständlich würden die Krisenverursacher an den Kosten beteiligt.

Kaum zwölf Monate später ist das bereits „zu den Akten gelegt“.

Natürlich werden die Milliardenkosten der Finanzkrise nicht zu den Akten gelegt – sie werden den Menschen aufgebürdet.

Und das macht nicht am Arbeitsplatzverlust halt. Die Folgen der Krise werden nachhaltig das Wohlstandsniveau der Menschen bedrohen.

Etwa wenn die Haushaltsknappheit der Kommunen jetzt dazu führt, dass Arbeitsplätze abgebaut und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger gestrichen werden, wenn Schulen verrotten und Schwimmbäder geschlossen werden, dann ist das eine direkte Folge der Finanzkrise.

Die Krise führt auch zu deutlichen Einnahmeverlusten der Sozialkassen. Aber anstatt hier auszugleichen, sollen die Menschen mit Leistungskürzungen, Zusatzbeiträgen und der unsozialen Kopfpauschale auch hier die Folgen der Krise tragen.

Wir sagen: Nein zu einer Politik des Sozialabbaus. Weg mit der Kopfpauschale !

Eine Bundesregierung ist nicht gewählt, um Schaden von Banken und Finanzspekulanten abzuwenden, eine Bundesregierung ist gewählt, um Schaden vom Volk abzuwenden.

Wir verlangen, dass endlich die zur Kasse gebeten werden, die glänzend verdient haben. Wir brauchen eine Steuerreform, aber nicht eine die den Staat noch ärmer macht, sondern eine die

endlich hohe Einkommen und Vermögen nach ihrer Leistungsfähigkeit besteuert.

Wir verlangen, dass Spekulationsgewinne mit einer Finanztransaktionssteuer - einer Steuer auf Börsengeschäfte – abgeschöpft werden.

Wir verlangen, dass die Banken, vor allem auch die Landesbanken, wieder zu ihrer Aufgabe zurückkehren, die Wirtschaft mit günstigen Krediten zu versorgen, statt zu spekulieren.

Wir verlangen, dass die Landesregierung alles tut, um ein Überleben von Betrieben und damit Arbeitsplätzen zu sichern.

Nicht nur große Banken sind „systemrelevant“ - auch die Betriebe und die in ihnen arbeitenden Menschen!.

Herr Mappus hat in seiner Regierungserklärung angekündigt, die Unterstützungsmaßnahmen der Landesbanken zu erweitern. Bis heute ist nichts passiert.

Schon 2009 ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 1/3 gestiegen. Und die Einschläge kommen immer näher. Gerade jetzt, wenn wieder Aufträge kommen, Betriebsmittel vorfinanziert und Investitionen getätigt werden müssen, geht vielen Betrieben der Atem aus – und damit werden Tausende von Beschäftigte in ihrem Arbeitsplatz bedroht.

Das verträgt kein Aussitzen, das verlangt nach Handeln, sollen uns nicht wichtige und zukunftsfähige Teile der Industrie wegbrechen. Und was weg ist, das kommt nicht wieder – da kann gerade diese Stadt eine beredete Leidensgeschichte aufweisen.

Wer jetzt schon wieder von weiterer Deregulierung des Arbeitsmarktes spricht, wer staatliche Krisenintervention ablehnt, und auf die Gesetze des Marktes verweist, wer jetzt schon wieder das Trimmen des Quartalsberichts auf Rendite als nobelste Pflicht eines Managers sieht, dem kann ich nur sagen:

Wer auf der falschen Spur ist, wer als Geisterfahrer noch Vollgas gibt, der provoziert den nächsten Crash.

Privatisierung, Deregulierung und Lohndumping: Das dient alles nur einer kleinen Minderheit und geht zu Lasten der großen Mehrheit der Gesellschaft.

Die Behauptung, zum Marktradikalismus gebe es keine Alternative, ist ein historischer Irrtum.

Ein brandgefährlicher Irrtum.

Wir brauchen einen Kurswechsel hin zu einer demokratischen Gesellschaft, in der die Wirtschaft dem Menschen dient.

Dazu gehört ein öffentlicher Sektor, der die Daseinsfürsorge an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht an den Profitinteressen von Privatanlegern und Spekulanten.

Dazu gehört "Gute Arbeit" für alle, sichere Beschäftigung, Mitbestimmung und gute Tarifverträge.

Dazu gehört Chancengleichheit in der Bildung, statt Auslese und Förderung privilegierter Eliten.

Kurswechsel heißt: Gerechtigkeit, Mitbestimmung und Solidarität statt Ausgrenzung, Profitwahn und rücksichtsloser Wettbewerb auf dem Rücken von Menschen und Natur.

Die ökonomischen und politischen Eliten machen weiter so, als sei überhaupt nichts passiert.

Das alles geht nach dem Motto: Nach uns die Sintflut.

Denn die Zeche sollen die anderen zahlen.

Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland ist das Land, so die OECD, mit der größten Dynamik der Schere zwischen Arm und Reich - aber keiner Schere die sich schließt, sondern eine Schere, die sich immer weiter auftut.

Es ist kein Naturereignis, wenn der Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigung wächst.

Es ist eine von Menschen gemachte Entwicklung. Und in Deutschland steht dafür als Synonym die Agenda 2010.

Und weil diese Politik von Menschen gemacht ist, können sie Menschen auch ändern!

Wer gegen Arbeitslose polemisiert, wer politisch fantasiert, Hartz-IV-Empfänger würden ein Leben in römischer Dekadenz führen, wer Beschäftigte gegen Arbeitssuchende ausspielt, der setzt bewusst den Zusammenhalt unserer Gesellschaft auf's Spiel – der will spalten, der will die Opfer zu Tätern machen.

Dieses erbärmliche Spiel dürfen wir als Gewerkschaften nicht zulassen.

Kolleginnen und Kollegen,

bereits heute ist nur noch jede dritte offene Stelle ein regulärer, sozial geschützter Vollzeitarbeitsplatz.

Zwei von drei Stellen werden nur noch befristet angeboten. Wir befürchten, dass nach der Krise Leiharbeit massiv zu Lasten regulärer Beschäftigung zunimmt.

Leiharbeit ist oft selbst nur ein befristeter Job. Und selbst mit den neuen Tarifverträgen der DGB-Tarifgemeinschaft sind wir weit weg vom Grundsatz „Gleiches Entgelt für gleiche Arbeit“. Leiharbeiter sind im Entgelt und in den übrigen Arbeitsbedingungen Beschäftigte zweiter Klasse.

Wir können und werden keine zwei Klassengesellschaft in unseren Betrieben hinnehmen.

Wir müssen uns dem süßen Gift, hier die gesicherte Stammebelegschaft, da die flexible Leiharbeitsreserve entgegenstellen. Leiharbeit treibt einen Keil in die Belegschaften und gefährdet die Arbeitsbedingungen aller.

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat die Wirkung prekärer Jobs benannt: Staatsbürger werden im Betrieb wieder Untertanen.

Nun will diese Bundesregierung Befristungen noch mehr erleichtern. Und sie ist es bis heute schuldig die Leiharbeit so zu regulieren, dass zumindest der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gilt – obwohl es die EU-Direktive einfordert.

Ich sage: Das ist eine Schande.

Das ist die Fortsetzung von neoliberaler Politik, die den Sozialstaat zerstört und die Menschen entrechtet.

Niedriglöhne bei Leiharbeit, befristete Jobs, schlecht bezahlte Teilzeitarbeit, die Ablehnung von Mindestlöhnen – das alles richtet sich massiv gerade auch gegen Jugendliche und Frauen.

Ihnen wird damit die Chance auf Zukunft und ein selbstbestimmtes Leben genommen. Sie werden zu Beschäftigten zweiter und dritter Klasse degradiert.

Gegen diese Entrechtung der Menschen setzen wir uns zu Wehr, diese Politik darf keine Zukunft haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

den Weg aus der Krise finden, verlangt Antworten auf die Frage, wie zukunftsfähig Arbeitsplätze und Beschäftigung in unseren Betrieben und Verwaltungen sind.

Und Zukunftsfähigkeit ist vor allem auch eine Frage von Bildung und Ausbildung.

Wir brauchen eine Bildungsoffensive im Land, die diesen Namen verdient.

Nur mit Blick auf die Landtagswahl 2011 den Kultusminister auszutauschen und mit Hochglanzbroschüren für 2 Millionen Euro die alte Politik zu verkaufen, das beruhigt uns nicht.

Mit 2 Millionen Euro könnte die Landesregierung für ein Jahr die Krankheitsvertretungen für fast 1.400 Unterrichtsstunden pro Woche finanzieren.

Wir erwarten von der neuen Kultusministerin und vor allem auch von der CDU-Fraktion, dass sie sich öffnet für Reformen, die Eltern, Erzieherinnen, Lehrkräfte, Rektoren und Erziehungswissenschaftler schon lange fordern.

Dazu gehören vor allem kleine Klassen und weniger Unterrichtsausfall, längeres gemeinsames Lernen, Ganztagschulen, mehr individuelle Förderung und eine bessere

Lehrerversorgung, auch und vor allem an den beruflichen Schulen.

Reformbedarf besteht auch bei den Studiengebühren. Sie sind unsozial - sie gehören wieder abgeschafft!

Unser Bildungssystem, und dies beginnt bei dem unzureichenden Angebot an Kinderkrippeplätzen, ebnet nicht soziale Ungleichheit ein, indem es Kindern auch aus sozial ärmeren Schichten Aufstiege ermöglicht, sondern es verstärkt das Unten und Oben in dieser Gesellschaft, zementiert soziale Ungleichheit.

Bildung darf keine Frage des Geldbeutels der Eltern sein! Wir fordern ein Mehr an Chancengleichheit und dafür notwendige Investitionen in die Zukunft .

Gerade für Kinder abhängig Beschäftigter ist dabei das Angebot an Ausbildungsplätzen und die Übernahme nach der Ausbildung ein wesentlicher Zugangsweg in den qualifizierten Beruf. Über 7% Ausbildungsplätze fielen schon 2009 dem Streichkonzert in den Betrieben zum Opfer, auch 2010 werden es nahezu 10% weniger sein.

Dieser massive Abbau trifft auf weiter zunehmende Schulabgängerzahlen in Baden-Württemberg. Zumal das Doppelschuljahr der G8-Opfer aussteht.

Die Wirtschaft muss wissen: Der gestrichene Ausbildungsplatz 2010 ist die fehlende Fachkraft 2013. Daher ist eine solche Politik

kurzsichtig, angesichts des demographischen Wandels
unverantwortlich und gesellschaftlich schädlich.

Wir werden die Auseinandersetzung um Ausbildungsplätze und
Übernahme in den Betrieben führen müssen. Die IG Metall wird
am 10. Juni landesweit zu Kundgebungen für die Perspektiven
unserer Jugend aufrufen.

Kolleginnen und Kollegen,

Faschismus und Rechtsextremismus ist keine Gefahr, an die wir
uns nur an historischen Gedenktagen schauernd erinnern.

Es ist eine Gefahr in der Gegenwart.

Schaut euch in Europa um.

Ihr wisst, wie stark Rechtsextremisten und Rechtspopulisten etwa
in Frankreich, Österreich oder den Niederlanden sind.

Erst vor drei Wochen haben in Ungarn ausländerfeindliche und
antisemitische Rechtsextremisten einen beängstigenden
Wahlerfolg erzielt.

Diese uniformierte Garde stammt zwar aus dem Horrorkabinett
der Geschichte, aber ihre widerwärtigen Hetzparolen gegen
jüdische Ungarn, ihre blutigen Hetzjagden gegen Sinti und Roma
finden mitten in Europa, in der EU, im Jahre 2010 statt.

Die Neofaschisten nutzen die Wirtschafts- und Finanzkrise, um gesellschaftliche Minderheiten für das wirtschaftliche Elend verantwortlich zu machen.

Hier wiederholt sich Geschichte nicht als Farce, sondern als eine wiederkehrende Tragödie. Und das nicht nur in Ungarn.

Mit diesem rechtsextremen Denken und Handeln müssen wir uns täglich auseinandersetzen: in den Betrieben und Verwaltungen, im öffentlichen wie im privaten Bereich. Das dürfen wir nicht einfach so hinnehmen. Da dürfen wir nicht schweigen.

Nur so können wir die braunen Menschenfänger politisch und gesellschaftlich dauerhaft isolieren.

Aber richtig ist auch: Faschismus ist keine Meinung – Faschismus ist ein Verbrechen.

Wir lehnen es ab, dass unter dem Schutz des Grundgesetzes faschistische Propaganda gemacht werden darf.

Deshalb ist ein Verbot der NPD überfällig.

Und nicht nur ein Verbot der NPD, sondern aller neofaschistischen Organisationen und Kameradschaften.

Kolleginnen und Kollegen,

der preußische General Carl von Clausewitz sagte einmal, Krieg sei die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln.

Ich frage mich, welche Politik hinter dem „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan überhaupt steckt.

Ich kann kein politisches Konzept für Frieden, Aufbau und Demokratie in Afghanistan erkennen.

Man kann den Terror nicht mit Bomben und Panzergranaten bekämpfen.

Das ist eine groteske, wirklichkeitsferne Vorstellung.

Ich sage: Wer den Terror bekämpfen will, der muss die Ursachen bekämpfen.

Ein wirksamer „Krieg gegen den Terror“ ist ein Krieg gegen Hunger und Armut, gegen Unbildung und Rückständigkeit, gegen Fanatismus und Perspektivlosigkeit. Und zwar überall auf der Welt.

Wir brauchen das Geld für Ernährung, für Bildung, für Gesundheit, für Umweltschutz, für wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand, nicht für Rüstung und Krieg.

Wir gehen vor ! so lautet der Aufruf des DGB zu diesem 1. Mai.

Wir die abhängig Beschäftigten gehen vor die kurzfristigen Profitinteressen der Shareholders und Renditejäger dieser Welt. Die Interessen der Gesellschaft gehen vor den Begierden eines ungezügelten Marktes.

Und wir müssen vorangehen: Für eine Kurswechsel in diesem Land ! Gegen ein Weiter so ! Für gute Arbeit, gerechte Löhne und einen starken Sozialstaat !

Ich wünsche Euch allen einen schönen 1. Mai.
Danke schön.